

Going Home

Der Rückkehrhilfe-Newsletter des BFM und der IOM Bern Nr. 3/12

Editorial Dezember 2012

Liebe Leserinnen und Leser

Ungefähr 10-12 Millionen Roma¹ gibt es weltweit laut der Europäischen Kommission, davon sind rund 6 Millionen EU-Bürger. Obwohl fast alle Länder Europas Richtlinien gegen Diskriminierung verabschiedet haben, müssen viele Roma immer noch mit Vorurteilen und sozialer Ausgrenzung kämpfen.

Seit der Visabefreiung in Serbien und Mazedonien gab es einen Anstieg von Asylanträgen in vielen Ländern Westeuropas und auch in der Schweiz. So war zum Beispiel Serbien für die EU-Staaten und die Schweiz und Norwegen gemäss UNHCR das viertwichtigste Land für Asylanträge in 2011. In der EU gingen 19'072 Asylanträge aus Serbien und aus dem Kosovo ein sowie 4'699 aus Mazedonien. In der Schweiz waren es 1'851 Anträge aus Serbien und aus dem Kosovo sowie 926 Anträge aus Mazedonien.

Das Schwerpunktthema des vorliegenden Newsletters ist der Situation der Roma im Westbalkan und der Erklärung der hohen Zahlen der Asylanträge aus den Balkanländern in der Schweiz gewidmet (Seiten 2 bis 6). Darüber hinaus wird ebenfalls auf das Engagement der Schweiz in den Balkanländern mittels Strukturhilfeprojekten mit einem Fokus auf die Romabevölkerung eingegangen (Seite 6 bis 9).

In letzter Zeit war in den Zeitungen häufiger über das Rückkehrhilfeprogramm Tunesien zu lesen. Einen Überblick über die ersten vier Monate des Programmes finden Sie auf Seite 11.

Weiter berichtet dieser Newsletter über Rückkehrhilfe nach Nigeria. Denn im Juli organisierte IOM eine

1 Je nach Land sind hier auch Gruppen wie Sinti, Ashkali, Egyptians, etc. gemeint.

Reise für Rückkehrberaterinnen und -berater nach Nigeria, damit diese sich selbst ein Bild von der Realität vor Ort machen und so ihre Beratungstätigkeit verbessern konnten. Sie berichten hiervon auf Seite 10.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre.

Katharina Schnöring, Büroleiterin IOM Bern

Inhalt

1. Schwerpunktthema:

Roma aus dem Westbalkan

- Asylgesuche von Roma in Europa im Sommer und Herbst 2012
- Warum verlassen Roma die Länder des Westbalkans?
- Statistische Auswirkungen der Visumsbefreiung Balkan

2. Strukturhilfe

- Roma-Projekte im Westbalkan
- Verbesserung der Wohnverhältnisse der Roma in Serbien

3. Stimmen aus den RKB und EVZ

- Rückkehrberatung von der Aussenstelle des EVZ Basel in Eigenthal
- Rückkehrberaterreise nach Nigeria : "There is no place like home"

4. Länderprogramme und Rückkehrhilfegeschichte

- Übersicht zum Rückkehrhilfeprogramm Tunesien
- Gambia, Banjul

5. Varia

- What's new?
- Veranstaltung



1. Schwerpunktthema: Roma aus dem Westbalkan

Asylgesuche von Roma in Europa im Sommer und Herbst 2012

*Christoph Curchod, Sektion Strategie, Analysen
und Forschung BFM*

Wie schon in den vergangenen Jahren stieg auch in diesem Sommer die Zahl der Roma aus Mazedonien und Serbien an, die in der Schweiz um Asyl nachsuchten. Durch die Einführung des 48-Stunden-Verfahrens und der Streichung des Reisegeldes gingen die Asylzahlen in der zweiten Hälfte von 2012 wieder zurück.

Situation der Roma auf dem Balkan

Der Balkan ist von der aktuellen Wirtschaftskrise stark betroffen. Die an sich schon hohe Arbeitslosigkeit ist weiter angestiegen. Sie lag Ende 2011 in Serbien bei 24%, in Mazedonien sogar bei 33%. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise treffen insbesondere auch die lokalen Roma hart. Diese gehören traditionell bereits zu den einkommensschwachen Schichten (siehe auch Artikel unten). Die Versuchung, die Heimat zumindest temporär zu verlassen, steigt. Mit der Einführung der visumsfreien Einreise in den Schengenraum für mazedonische, montenegrinische und serbische Staatsangehörige im Dezember 2009 und albanische und bosnische Staatsangehörige ein Jahr später fiel das grösste noch bestehende Hindernis für die Reise nach Westeuropa weg. Nun können Roma legal mit dem Reisebus bis nach München, Bern oder Brüssel fahren. Die Kosten sind mit rund 160 Euro verhältnismässig gering und setzen sich aus dem Preis des Bustickets und der Gebühr für den neuen biometrischen Reisepass zusammen.

Auswahl der Zielländer

Eine Mehrheit der Roma, die sich zur Reise nach Westeuropa entschliesst, ist aufgrund eigener Erfahrungen als Gastarbeitende oder Asylsuchende

mit den Lebensbedingungen vertraut. Sie sind sich daher bewusst, dass die Chancen, in einem europäischen Land Asyl zu erhalten, gering sind. Ziel ist es also, ein Land zu finden, in dem man sich während mehreren Monaten aufhalten kann und in dem die Unterbringung geregelt ist. Darüber hinaus werden Länder bevorzugt, in denen Barzahlungen ausgerichtet werden, sei dies in Form von Sozialhilfe, Rückkehrhilfe, Reisegeld oder Taschengeld. Beträge, die für einen Westeuropäer eher gering zu sein scheinen, können für Asylsuchende aus dem Balkan durchaus interessant sein. In Mazedonien liegt der Höchstsatz der Sozialhilfe bei rund 80 Euro pro Monat, da sind drei Franken Taschengeld pro Tag plus freie Kost und Logis finanziell ansprechend.

Diese „Auswahlkriterien“ führten dazu, dass Roma aus den Staaten des Westbalkans für die Stellung der Asylgesuche in den letzten Jahren vor allem Belgien, Deutschland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz auswählten. Im Verlauf des Jahres 2012 verkürzten Belgien und die Schweiz die Verfahren und strichen die finanziellen Zuwendungen weitgehend. Die Asylgesuche von Roma gingen in beiden Staaten in Folge der Änderung rasch zurück.

Aktuell gehen Roma aus dem Balkan nach Deutschland

In Deutschland ist die Zahl der Asylgesuchen von Roma aus den Balkanstaaten im Oktober 2012 dramatisch angestiegen. Unter anderen stellten 2'673 serbische, 1'351 mazedonische und 630 bosnische Staatsangehörige ein Asylgesuch. Dabei handelt es sicher auch um einen Verdrängungseffekt, der durch die schweizerische Massnahme des 48-Stunden-Verfahrens ausgelöst wurde. Hauptgrund ist jedoch ein anderer: Im Sommer 2012 entschied das deutsche Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, dass Asylsuchende Anrecht auf Unterstützung in der Höhe von Hartz IV haben. In der Folge erhöhten sich die monatlichen Leistungen an Asylsuchende auf einen Schlag um mehr als 120 Euro pro Person. Damit wurde ein zusätzlicher „Pull-Effekt“ für die Roma aus dem Balkan geschaffen.

Zukünftige Entwicklungen

Es kann davon ausgegangen werden, dass Deutsch-

land in absehbarer Zeit die Asylverfahren für Roma aus dem Balkan deutlich verkürzt wird und eine Möglichkeit findet, die finanziellen Leistungen auf ein Minimum zu beschränken. Damit sind die sozio-ökonomischen Probleme der Roma auf dem Balkan nicht gelöst. Sie werden neue Zielländer suchen, die für sie finanziell und/oder aufgrund eines langen Verfahrens interessant sind. Das könnte beispielsweise Schweden sein, aber auch irgendein anderer europäischer Staat. Die Schweiz ist vorläufig für Roma nicht mehr attraktiv, aber das kann sich mittelfristig wieder ändern.

Warum verlassen Roma die Länder des Westbalkans?

*Emilie Ballestraz und Florian Brändli,
IOM Bern, Lidija Markovic, IOM Zagreb,
Ivona Zakoska, IOM Skopje*

Seit Jahrzehnten ersuchen zahlreiche Roma in westeuropäischen Ländern um Asyl und versuchen, sich dort niederzulassen. Diese Personen, welche oft stereotypisiert und ausgegrenzt werden, stellen heute in den meisten Ländern Westeuropas eine grosse ethnische Minderheit dar. Gemäss einem Bericht der Parlamentarischen Versammlung des Europarats vom Juni 2012 leben schätzungsweise 10 bis 12 Millionen Roma in Europa. Woher kommen sie? Wo liegen ihre Wurzeln? Weshalb wandern so viele von ihnen nach Westeuropa aus? Auf diese und weitere Fragen versucht dieser Artikel, eine Antwort zu geben.

Die Geschichte

Trotz der Kontroversen um den Ursprung der Roma sind sich heute die meisten Wissenschaftler einig, dass diese nicht wie so oft behauptet aus Ägypten stammen, sondern aus Indien. Von dort aus sind sie bald einmal in Richtung Persien und ab dem 15. Jahrhundert nach Europa gewandert. Laut einigen Forschern zeugen historische Berichte von der Präsenz der Roma in jener Zeitepoche in Serbien, Kreta, Rumänien, Konstantinopel usw. Im Laufe der Jahrhunderte sind sie weiter in Richtung Westeuropa vorgestossen. Ihr nomadischer Lebensstil führte jedoch

immer mehr zu Spannungen mit der sesshaften Bevölkerung. Zahlreiche Konflikte entbrannten, und die Roma fühlten sich allgemein unterdrückt, diskriminiert und ausgestossen. Ab dem 16. Jahrhundert waren sie unerwünscht. Sie wurden häufig an den Rand der Gesellschaft gedrängt oder gezwungen, sesshaft zu werden. Diese Ausgrenzung hielt auch in den folgenden Jahrhunderten an, und man kann sogar behaupten, dass das 20. Jahrhundert für die „Fahrenden“ das schlimmste war. In einigen Ländern wurde den Roma die Bewegungsfreiheit genommen, sie wurden in Lagern interniert, deportiert, zwangssterilisiert und manchmal sogar im Namen der Eugenik umgebracht – um nur einige der Gräueltaten zu nennen, die sie erleiden mussten.

Die Nachkriegszeit war diesem Nomadenvolk etwas gnädiger gestimmt: Die Arbeitsmöglichkeiten in Ex-Jugoslawien, insbesondere im Industrie- und Landwirtschaftssektor, gaben den Roma damals die Hoffnung auf ein besseres und würdigeres Leben.

Dies sollte aber nicht lange andauern. Die politischen und geografischen Umwälzungen nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens Ende der 1980er-Jahre führten dazu, dass das Wirtschaftssystem der neu entstandenen Nationalstaaten sich wandelte und einer massiven Privatisierung Platz machte. Dies gereichte den Roma nicht zum Vorteil. Denn sie waren mehrheitlich Industrie- oder Landwirtschaftsarbeiter und fanden kaum mehr Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Konflikte der 1990er-Jahre und zu Beginn des neuen Jahrhunderts, gepaart mit der schwierigen wirtschaftlichen Situation, haben zu einer verstärkten Migration nach Westeuropa geführt. Wie Fatma Bajram, Leiterin von Sumnal, einer Vereinigung für die Entwicklung der Roma-Gemeinschaft in Mazedonien, betont, profitierten die Migrantinnen und Migranten der 1990er-Jahre von ihren familiären Verbindungen mit jenen, die sich bereits in der Vergangenheit in Westeuropa niedergelassen hatten. Gemäss ihren Aussagen war für die Roma ein Asylgesuch ein besonders geeigneter Weg, um einen höheren Lebensstandard in einem westeuropäischen Land zu erlangen. Fatma Bajram sieht eine mögliche Erklärung darin, dass die Leistungen zugunsten der Asylsuchenden in Westeuropa – auch wenn sie manchmal äusserst beschränkt sind – für

die Roma oftmals die bessere Option darstellen, als die prekären Lebensbedingungen in ihrem Herkunftsland weiter zu ertragen.

Heute

Der zweite und bisher letzte grosse Migrationsstrom aus dem Westbalkan geht einher mit der zunehmenden Liberalisierung der Visabestimmungen für alle Balkanstaaten, die von der Europäischen Union beschlossen wurde. Die Theorie des „Pull-Effekts“ tendiert zur Annahme, dass ein Teil der Asylsuchenden mit Roma-Abstammung trotz der geringen Chance auf Asylgewährung ein Gesuch stellt, um von der Rückkehrhilfe zu profitieren, welche die westeuropäischen Länder den Migrantinnen und Migranten bei einer freiwilligen Rückkehr in ihr Herkunftsland gewähren. Die Liberalisierung der Visabestimmungen hat zwar die Einreise in die westeuropäischen Länder erleichtert, im Gegenzug wurde aber die Rückkehrhilfe schrittweise gesenkt oder gar aufgehoben für Personen, die ihr Asylgesuch nach 2009 gestellt haben. Obwohl die Unterstützung bei der Rückkehr und die Nothilfe zunehmend gestrichen werden, bleibt die Anzahl Asylgesuche von Personen aus dem Balkan in der Schweiz und in den Ländern der EU hoch. Gemäss Fatma Bajram liegt das Problem darin, dass in den Herkunftsländern kaum Programme zur langfristigen wirtschaftlichen und sozialen Integration bestehen und dass Zukunftsperspektiven und ein Schutz gegen Diskriminierung gänzlich fehlen. Mit anderen Worten: Weil die Roma nicht in genügendem Mass als Teil der Gesellschaft in ihrem Heimatland angesehen werden, sehen sie sich gezwungen, in einem anderen Land würdigere Lebensbedingungen zu suchen. Zwar haben sich viele europäische Länder in letzter Zeit bemüht, die Situation für die Roma erträglicher zu machen, aber dies scheint nicht zu genügen, um den Migrationsdruck zu mildern.

Die Situation in Mazedonien

In Skopje, der Hauptstadt Mazedoniens, findet sich die grösste Roma-Gemeinde Europas: Suto Orizare, genannt Sutka. Viele ihrer Bewohner leben in Armut, zwischen Unrat und Abwasser. Manche durchsuchen die Abfallbehälter nach Altmittel, das sie dann zu

einem Spottpreis weiterverkaufen. Trotz jüngster Verbesserungen besitzen viele dieser Menschen nicht einmal Identitätsdokumente, die für den Zugang zu Bildung, zum Arbeitsmarkt oder zu medizinischer Versorgung notwendig sind. Einige Leute nutzen die prekäre Situation der Roma aus. Sie machen ihnen falsche Versprechungen, um von der Organisation der Reise ins „europäische Eldorado“ zu profitieren. Aber wenn man den Statistiken traut, ist offensichtlich, dass die Mehrheit der Roma keine Chance hat, in Westeuropa den Flüchtlingsstatus zu erlangen. Sie hoffen dennoch, eine Monate oder gar Jahre in einem Land bleiben zu können, in dem die Lebensbedingungen um einiges angenehmer sind. Einige glauben sogar, in Westeuropa die medizinische Behandlung erhalten zu können, die ihnen in ihrem Herkunftsland verwehrt bleibt – auch wenn dies oft eine reine Illusion bleibt.



© IOM 2004 – Stephen Chambers: Prilep, Mazedonien

Die Bewohner von Sutka werfen den mazedonischen Behörden immer wieder vor, dass sie ihre Versprechen nicht halten. Versprechen, die sie während den

Wahlkampagnen gemacht haben, um die Stimmen der Roma zu gewinnen. Aber in diesem Fall ist der Bürgermeister von Sutka selber ein Mitglied der Roma-Gemeinschaft. Gemäss Fatma Bajram sind die prekären Verhältnisse, in denen die Roma leben, darauf zurückzuführen, dass nicht selten der Wille und das langfristige Engagement der Gemeinschaft im Kampf um bessere Lebensbedingungen fehlen. In Mazedonien gilt dies ganz besonders. Deshalb halten die Ausgrenzung der Roma und die prekären wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in ihren Herkunftsländern an. Das erklärt auch, weshalb die Roma isoliert leben, wie dies der Fall von Sutka zeigt. Hier wird deutlich, wie der jahrzehntelange Ausschluss der Roma die Mentalität und die Lebensweise nicht nur der Roma selber, sondern auch der anderen Bevölkerungsgruppen in der Region geprägt hat.

Die Situation in Serbien

Die Roma-Bevölkerung in Serbien gilt nach wie vor als die am meisten benachteiligte und marginalisierte Minderheit im Land. Die Probleme bestehen in allen öffentlichen und privaten Lebensbereichen fort – von der medizinischen Versorgung über mangelnde Arbeitsmöglichkeiten bis hin zur Bildung. Armut, Analphabetismus und Arbeitslosigkeit sind in der Roma-Bevölkerung viel weiter verbreitet als in der übrigen serbischen Bevölkerung. Laut den offiziellen Statistiken der Republik Serbien besuchen 35 bis 60 % der Roma-Kinder keine Schule. Diese Tendenz ist noch krasser im Bereich der höheren Bildung, zu welcher weniger als ein Prozent der Roma Zugang haben. Die statistischen Wirtschaftsdaten geben auch nicht viel Anlass zu Zuversicht: Fast die Hälfte der Roma-Bevölkerung in Serbien ist von existentieller Armut bedroht, 60 bis 80 % lebt in isolierten Quartieren, in denen ungesunde Lebensverhältnisse herrschen.

Die Republik Serbien hat schrittweise einen gesetzlichen und institutionellen Rahmen eingeführt, um die sozio-ökonomische Situation der Roma-Bevölkerung zu verbessern. Die wichtigsten Dokumente, die aus diesem Prozess heraus entstanden, sind „The Draft National Strategy for the Integration and Empowerment of Roma“, welches wichtige Grundsätze

für die Reintegration der Roma in Serbien umfasst, sowie „Roma Decade 2005–2015“. Diese Instrumente sind das Ergebnis einer Zusammenarbeit zwischen der serbischen Regierung, den NGO, den internationalen Organisationen und den Akteuren der Zivilgesellschaft, die sich für die Menschenrechte einsetzen. So positiv diese Initiativen sind, sie scheinen nicht zu genügen, um die Zahl der Roma zu verringern, die an den verschiedenen Rückkehrhilfeprogrammen der westeuropäischen Länder und der IOM teilnehmen. Laut den Statistiken der IOM bezeichnen sich rund 60 % der Teilnehmer dieser Programme als zur Roma-Gemeinschaft zugehörig.



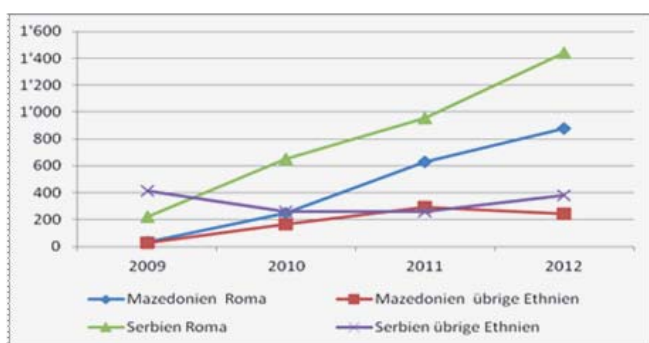
© IOM 2003 – MMK0057, Delbert Field: Prilep, Mazedonien

Die Migration der Roma ist eine Problematik, die nicht nur die Einwanderung und die öffentliche Sicherheit umfasst. Die Roma bilden eine Bevölkerungsgruppe, die in zweifacher Hinsicht diskriminiert ist – einerseits in ihren Herkunftsländern und andererseits in den Ländern, in denen sie versuchen, sich ein neues Leben aufzubauen. Die Herausforderung ist riesig: Es gilt, die Mentalität und die Haltung gegenüber den Roma zu ändern, damit sie als gewöhnliche und schutzbedürftige Migrantinnen und Migranten betrachtet werden, die einfach ihrer schwierigen Situation entfliehen und ein würdiges Leben führen möchten.

Statistische Auswirkungen der Visumsbefreiung Balkan

Thomas Lory, Sektion Rückkehrgrundlagen und Rückkehrhilfe BFM

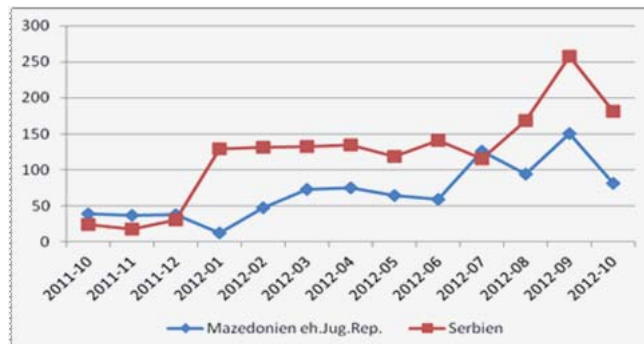
Die Befreiung von der Visumspflicht für einen Aufenthalt bis zu drei Monaten Anfang 2010 führte zu einem enormen Anstieg der Anzahl der Asylgesuche aus den betroffenen Balkanstaaten. Wie die folgende Grafik zeigt, insbesondere bei Personen aus Serbien und Mazedonien:



Die Zunahme betraf bei beiden Ländern in erster Linie die Ethnie der Roma. Im Fall von Mazedonien stieg ein Land, das 2009 praktisch keine Asylgesuche mehr verzeichnete, in kürzester Zeit wieder in die ersten 10 auf. Die im Frühling 2010 getroffenen, einschneidenden Massnahmen im Rückkehrhilfebereich – die Reduktion auf eine Minimalhilfe von CHF 100 – blieben wirkungslos.

Die Personen zeigten sich trotz der Kürzung der Rückkehrhilfe zur Ausreise bereit. Ein überdurchschnittlicher Anstieg ist freilich erst nach dem im August 2012 vom BFM eingeleiteten Massnahmen festzustellen. Neben der Streichung aller finanziellen Zuwendungen hat vor allem das drohende Einreiseverbot bei im Rahmen 48-Stunden-Verfahrens abgelehnten Gesuchen die grösste Wirkung entfaltet. (Personen, welche die Ausreisefrist ungenutzt verstreichen lassen, wird in der Regel ein Einreiseverbot verfügt. Das Einreiseverbot gilt für den gesamten Schengenraum, es tritt aber erst verzögert in Kraft, sodass die betroffenen Personen freiwillig in ihren Heimatstaat zurückreisen können.)

Die selbständigen Ausreisen mit oder ohne Rückkehrhilfe zwischen Oktober 2011 und Oktober 2012 im Überblick:



2. Strukturhilfe

Roma-Projekte im Westbalkan

Simone Colombo, Sektion Dritt- und Herkunftstaaten BFM

Wie im vorhergehenden Artikel erwähnt, sind die grossen Minderheitengruppen der Roma einem besonderen Migrationsdruck ausgesetzt. Oft fehlen ihnen selbst die Zivilregistrierung und eine bürgerrechtliche Anerkennung, was zu ihrem Ausschluss von öffentlichen Diensten führt. Deshalb suchen weiterhin viele Roma einen Ausweg, indem sie auswandern.

Als präventive Massnahme für die Vermeidung verstärkter Migration in die Schweiz wurden in den letzten Jahren diverse Projekte mit Fokus auf Roma-Gemeinden durchgeführt. Insbesondere die sozio-ökonomische Integration von Roma im Westbalkan bleibt eine Priorität. Für die Umsetzung solcher Projekte arbeitet die Schweiz vorwiegend mit Schweizer Hilfswerken zusammen, aber auch lokale Roma-NGOs sind miteinbezogen. Durch die bessere Integration vor Ort möchte die Schweiz erreichen, dass die Diskriminierung durch die Mehrheitsgesellschaft abnimmt und die irreguläre Migration an Attraktivität verliert.

Das BFM finanziert verschiedene Projekte mit Fokus auf Roma im Westbalkan in den Ländern, mit denen die Schweiz Migrationspartnerschaften eingegangen ist (d.h. Serbien, Bosnien und Herzegowina sowie Kosovo). Folgende Beispiele verdeutlichen den Ansatz der unterstützten Projekte:

Sozio-ökonomische Integration von Roma in der Vojvodina (Serbien)

Das Ziel des Projektes ist es, die Lebensbedingungen der Roma in den Bereichen Wohnen, Arbeit und Einkommen zu verbessern sowie die Rechte von Minderheiten zu stärken und damit ihre Integration in die Gesellschaft zu fördern. Konkret sollen die sozialen Lebensbedingungen von 124 Familien in zwei Siedlungen verbessert werden, indem ihre Häuser renoviert werden. Ausserdem sollen Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten für Roma durch geeignete Ausbildung geschaffen werden; so können zum Beispiel Kinder von Vorschul- und Zusatzunterricht profitieren. Das dritte konkrete Ziel ist, die soziale Integration zu fördern und dazu Beratungen anzubieten, zum Beispiel, wie man Papiere beschafft. Die Projektpartner sind das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen (HEKS), eine lokale NGO namens „Ecumenical Humanitarian Organization“ und lokale Behörden. Das Projektbudget ist 620'000 CHF für einen Zeitraum von 2010-2012.

Sozialer Einbezug und verbesserte Lebensbedingungen für Minderheiten im Kosovo

Ziel dabei ist, die Lebensumstände und die sozio-ökonomische Integration der Roma in Zentralkosovo zu verbessern, vor allem in den Bereichen Einkommensförderung, Schul- und Berufsbildung. Das Projekt konzentriert sich auf Bildung (Nachhilfeunterricht und Aufgabenhilfe, Stipendien für Kinder auf der Sekundarstufe und Universität, praxisorientierte berufliche Ausbildung, Einkommensförderung (Mikro- und Kleinunternehmen unterstützen, Zugang zu Krediten bei Banken schaffen, technische Beratung und Betreuung) und auf die Wohnverhältnisse, indem die Infrastruktur saniert wird. Projektpartner sind das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen (HEKS) und NGO Voice of Roma, das Budget ist 300'000 CHF für 2011 – 2012.

Einbezug von Roma in der Primarschule in Sarajevo
Mittels dieses Projekts soll das Bildungsgefälle zwischen Roma und Nicht-Roma durch einen verbesserten Zugang zu qualitativ guter Schulbildung für Roma reduziert werden. Konkret wird erwartet, dass sich dadurch die Kluft zwischen ihnen und dem Rest der Bevölkerung reduziert, dass die Roma auf allen Ebenen besser ins kantonale Bildungssystem (insbesondere auf Primarschulstufe) einbezogen sind, Schulabbrüche weniger häufig auftreten und sich die Abschlussrate von Roma-Kindern erhöht, Roma-Frauen die Menschenrechte kennen und sind sich der Bedeutung von Bildung für ihre Kinder stärker bewusst sind, Roma-Eltern sozial und wirtschaftlich unterstützt werden und in die Eltern-Schule-Partnerschaft eingegliedert sind. Partner in diesem Projekt sind die Caritas Schweiz, das Bildungsministerium des Kantons Sarajevo, Gemeinden und Primarschulen. Der finanzielle Rahmen liegt bei 435'000 CHF für eine Dauer von 2010 bis 2012.

Die Zusammenarbeit mit Schweizer Hilfswerken im Westbalkan zur sozioökonomischen Integration von Roma wird in den kommenden Jahren weitergeführt. Die Zusammenarbeit erfolgt in Umsetzung der „Strategie Westbalkan 2012-2015“ und das BFM plant in diesem Zeitraum einen Beitrag von drei Millionen Franken für Projekte in Serbien, Bosnien und Herzegowina sowie Kosovo einzusetzen.

Verbesserung der Wohnverhältnisse der Roma in Serbien

Leo Meyer, Programmverantwortlicher HEKS

Im Rahmen der Migrationspartnerschaften arbeitet das BFM seit 2008 mit der DEZA und mit Schweizer Hilfswerken zusammen, darunter auch das Hilfswerk HEKS. Diese Zusammenarbeit bezweckt in den entsprechenden Ländern vor Ort strukturelle Aufbauarbeit zu leisten und damit die Lebensbedingungen zu verbessern. Im Westbalkan (Serbien, Kosovo, Bosnien-Herzegowina) liegt ein Fokus bei den Roma.

Going Home

Rückkehrhilfe-Newsletter Dezember 2012



HEKS fördert in seinen Projekten die Integration der Roma durch Beratung und Eintreten für gleiche Rechte, Förderung der Bildung, Verbesserung der Wohnverhältnisse, Arbeit und Einkommen. Im Folgenden möchte ich auf die Erfahrungen im Bereich der Verbesserung der Wohnverhältnisse eingehen. In Serbien gibt es je nach Schätzung 200'000-400'000 Roma. Entgegen der verbreiteten Meinung sind die allermeisten sesshaft. Ihre Wohnverhältnisse sind aber oft sehr schlecht bis katastrophal. Sie leben in zirka 600 Siedlungen oder Roma-Quartieren. Diese Siedlungen weisen grosse Unterschiede auf: Das Spektrum reicht von urbanen, oft illegalen Slums bis hin zu traditionellen Roma-Quartieren in Dörfern oder Städten. Praktisch immer sind die Wohnverhältnisse aber deutlich schlechter als jene der Gesamtbevölkerung. Rund die Hälfte der Roma-Siedlungen haben keinen klaren rechtlichen Status, nur 20% einen Wasseranschluss und nur 14% einen Anschluss an das Abwassersystem.

Die oft miserable Wohnsituation hat sehr viel mit der wirtschaftlichen Situation der Roma zu tun. 60% der Roma leben unterhalb der absoluten Armutsgrenze von zwei US-Dollar pro Tag. Eine feste Arbeit haben nur ganz wenige.

HEKS hat zusammen mit seiner Partnerorganisation, dem Ökumenischen Hilfswerk EHO, in Novi Sad einen speziellen Ansatz entwickelt, wie die Roma ihre Wohnverhältnisse mit einem bescheidenen Budget selber verbessern können. Die Roma müssen dabei selber die Initiative ergreifen, das heisst

selber Hand anlegen, indem sie zusätzliches Baumaterial auf dem Gebrauchtwarenmarkt auftreiben und die Bauarbeiten unter Anleitung einer Fachperson selber ausführen. Dadurch wird die Eigenverantwortung der Roma gefördert. Priorität bei den Sanierungsarbeiten haben der Wasseranschluss, Abwasser, WC und Dusche sowie dringend notwendige Ausbesserungen wie Reparaturen an Dach, Fenster und Türen. Es ist interessant zu sehen, wie die Roma-Familien beginnen selber zu investieren.



In manchen Fällen ist eine einfache Sanierung aber schlicht gar nicht möglich. Für diese Fälle hat HEKS das System eines „Core houses“ entwickelt. Dies ist ein einfaches Einzimmer-Haus mit ca. 25 Quadratmeter, Küchennische und Badezimmer, das später weiter ausgebaut werden kann. Die Kosten für die Standardsanierung mit Bad betragen zirka 1500 Euro, für ein Core house muss mit bis zu 3500 Euro gerechnet werden. Darin nicht enthalten ist die Arbeit, die die Roma selber leisten müssen.

Zentral an diesem Ansatz ist aber auch, dass die Gemeinden in ihre Pflicht genommen werden. In einem Dialog wird dahin gewirkt, dass die Gemeinden die Siedlungen legalisieren und die Basisinfrastruktur wie Strasse, Zugang zu Wasser und Elektrizität auch für die Roma-Quartiere realisieren. Nach anfänglicher Skepsis sind die Gemeinden mehr und mehr an einer Zusammenarbeit interessiert. Seit dem Jahr 2012 gilt die Abmachung, dass die Gemeinden die Siedlungen legalisieren, die Basisinfrastruktur er-

stellen und zusätzlich auch etwas an die Kosten der individuellen Haussanierung beitragen. Vor wenigen Jahren wäre dies undenkbar gewesen. Nun interessiert sich auch die Zentralregierung für das Projekt und hat HEKS eingeladen, 2013 in Südserbien ein analoges Pilotprojekt zu starten.

Seit 2008 konnten mit diesem Ansatz in 13 Roma Siedlungen 500 Häuser für 540 Familien oder rund 3'000 Personen saniert werden. Auch wenn die Wohnsituation weiterhin bescheiden bleibt, so ist es doch ein grosser Fortschritt, wenn eine Roma-Familie nun fliessendes Wasser, sanitäre Anlagen und ein dichtes Dach über dem Kopf hat. Dies hat auch einen gesundheitlichen Effekt und die verbesserte Körperhygiene ist für die Integration, insbesondere der Kinder in der Schule, wichtig.



Natürlich, die Verbesserung der Wohnverhältnisse ist nur ein Mosaikstein auf dem langen Weg zur sozialen und wirtschaftlichen Integration der Roma. Längerfristig am wichtigsten ist die Förderung der Bildung, aber auch der Zugang zu Arbeit und Einkommen. Das sogenannte „Roma-Problem“ ist primär ein Armutsproblem mit allen seinen Facetten und nicht ein ethnisches. Zur Lösung sind alle gefordert sowohl die Herkunftsländer als auch Westeuropa. Bessere Lebensbedingungen für die Roma vor Ort sind zwar keine Garantie, dass einige nicht weiter versuchen werden, nach Westeuropa zu migrieren, aber es ist eine zwingende Voraussetzung, damit sie vor Ort überhaupt eine Chance haben. Migration ist für viele Roma schlicht ein Teil einer Über-

lebensstrategie. Der absolute grösste Teil der rund 10 Millionen Roma lebt in seinem Ursprungsland und möchte auch dort bleiben.

3. Stimmen aus den RKB und EVZ

Rückkehrberatung von der Aussenstelle des EVZ Basel in Eigenthal

Karin Litchfield, IOM-REZ Basel

Die Militärunterkunft in Eigenthal LU wurde Mitte Juni 2012 als Aussenstelle des EVZ Basel eröffnet und bietet bis Dezember 2012 eine Unterbringungsmöglichkeit für ca. 100 Asylsuchende. Zuvor waren bereits auf dem Jaun- und dem Brünigpass temporäre Asylunterkünfte eröffnet worden. In allen drei Zentren bot IOM Rückkehrberatung an.

So besuche ich einmal pro Woche die Unterkunft in Eigenthal, um die Asylsuchenden über die Möglichkeit der freiwilligen Rückkehr zu informieren und, wenn gewünscht, Rückreisen vorzubereiten.

Das Arbeitsumfeld ist nicht ganz einfach: Die Anlage ist isoliert, ein Tag pro Woche für Beratungen ist eigentlich nicht ausreichend, und ich habe keinen Zugang zum Internet. Zum Glück ist die Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern der ORS und Securitas gut. Diese helfen manchmal auch als Übersetzer aus.

Von Beginn an bestand ein grosses Interesse an der Möglichkeit, aus dem Zentrum in die Herkunftsländer zurückzukehren: zwischen Juni und Oktober sind 87 Personen ausgereist. Fünf davon reisten nach Westafrika zurück, alle anderen stammten aus dem Balkan.

Eine Herausforderung ist, dass die Asylsuchenden, die an einer freiwilligen Rückkehr interessiert sind, zum Teil mehrere Wochen auf ihre Erstbefragung warten müssen und ich erst danach mit der eigentlichen Rückkehrberatungsarbeit beginnen kann. Während dieser Wartezeit muss ich die Asylsuchenden immer wieder motivieren, die nötige Geduld aufzubringen und bis zur Ausreise auszuharren.

Rückkehrberaterreise nach Nigeria : "There is no place like home" RKB BE, GE, GL, NE, UR und VS

Die letzte Woche des Juli 2012 war für sechs Rückkehrberaterinnen und -berater aus den Kantonen Bern, Genf, Glarus, Neuenburg, Uri und Wallis eine ganz besondere. Sie sind in das emsige Leben von Lagos, der Wirtschaftsmetropole Nigerias, eingetaucht. Lagos war für uns alle – und sogar für diejenigen, die als Rucksacktouristen schon so manches gesehen haben – ein Schock: eine andere Welt, hektisch, aber niemals aggressiv.

Das Team der IOM Lagos, das ein komplettes Programm für uns vorbereitet hatte, empfing uns äusserst herzlich. Wir durften die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IOM bei ihrer Arbeit im Bereich der Rückkehrhilfe begleiten. Praktisch alle Aspekte wurden berücksichtigt: Empfang der Programmteilnehmer am Flughafen, Begleitung zum Guest House, Übergabe der Rückkehrhilfebeträge und Besuch von rund einem Dutzend Projekten, die sich in verschiedenen Realisierungsphasen befanden.



Diese Reise war für uns in mehrfacher Hinsicht positiv und lehrreich. Wir haben zum Beispiel begriffen, dass man die Verkehrsverlangsamungen, die in der Schweiz gelegentlich vorkommen, KEINESFALLS als Stau bezeichnen kann; dieser Begriff sollte dem unglaublich dichten Strassenverkehr in Lagos vorbehalten bleiben. Im Ernst: Wir haben gesehen, wie die Reintegrationsprojekte konkret umgesetzt wer-

den, und konnten uns davon überzeugen, dass das Programm funktioniert. Die Teilnehmer am Rückkehrhilfeprogramm nehmen die Chance, die ihnen geboten wird, sehr ernst. Sie sind richtige Unternehmer, die wissen, dass diese Chance einmalig ist und dass sie sich keine Fehler leisten dürfen. Eine enorme Herausforderung, der sich alle mit viel Motivation und Energie stellen. Sie bewegen sich in einem ganz speziellen Umfeld, in dem Werbeplakate Botschaften vermitteln wie „Fast is an attitude“ oder „Millionaire at 29 is 5 years late“.

Wir haben sie in ihren Geschäften besucht und uns mit ihnen unterhalten. Und das hat unser Vertrauen in das Rückkehrhilfeprogramm zusätzlich verstärkt. Zurück in unseren Büros stellen wir fest: Wir sind jetzt noch mehr überzeugt, und deshalb können wir noch besser überzeugen. Dass wir vor Ort waren, verleiht uns eine gewisse Glaubwürdigkeit und ermöglicht uns, bessere Argumente ins Feld zu führen.

Dank unserer Erfahrung verlaufen die Gespräche mit Nigerianern, die am Rückkehrhilfeprogramm interessiert sind, auf einer besseren zwischenmenschlichen Ebene. Wir haben festgestellt, dass ihr Verhalten in unseren Büros das widerspiegelt, was sie auch in ihrem Herkunftsland sind. Was wir zuweilen als Arroganz oder Aggressivität wahrnehmen ist in Wahrheit nur das Abbild davon, wie sie sich gewöhnlich verhalten, um sich verständlich zu machen – auch wenn ihr Tonfall manchmal etwas gar leidenschaftlich ist. Jetzt können wir diesem Verhalten ruhiger und positiver begegnen. Diejenigen unter uns, die eine etwas verfälschte Sicht dieser Gruppe Asylsuchender hatten – weil sie zum Beispiel wegen mehrfachen No shows oder zahlreichen Delikten immer wieder enttäuscht wurden –, konnten dank dieser Reise gewisse Vorurteile ablegen und eine offener Haltung einnehmen.

Auch für die Menschen, denen wir begegneten, war unser Besuch ein positives Ereignis. Sie freuten sich, dass wir uns für sie interessieren und uns Zeit nehmen, uns vor Ort über ihre Situation zu informieren. Wir spürten, dass die Nigerianer ein starkes Zugehörigkeitsgefühl zu ihrem Land haben und stolz darauf sind.

Auch in etwas philosophischer Hinsicht haben wir eine wohltuende Erfahrung gemacht: Wir haben erlebt, wie es ist, einer Minderheit anzugehören. Wir wurden überall mit einem lauten und herzlichen „Welcome“ empfangen. Einmal rief uns jemand an einer Strassenbiegung zu: „Hey! You are illegal here! Where are your papers? We will deport you!“ Mit einem schelmischen Lächeln im Gesicht hat er für einmal die Rollen vertauscht. Wir erlebten aber auch Bestechungsversuche am Flughafen, sowohl bei unserer Ankunft als auch beim Abflug.



Die Reise war für uns Rückkehrberaterinnen und -berater auch Anlass zum gegenseitigen Austausch. Vom Frühstück bis zum Abendessen mit pikantem Reisgericht haben wir über unsere Tätigkeit diskutiert, debattiert, Ideen entwickelt und Träume gesponnen. Unsere Beobachtungen gaben uns schliesslich Anregungen für das Rückkehrhilfeprogramm, die wir anschliessend mit dem BFM und der IOM teilen.

Wir sind mit der Überzeugung aus Nigeria abgereist, dass die Rückkehrerinnen und Rückkehrer die besten Botschafter für das Rückkehrhilfeprogramm sind. Sie sind mit ihrer Situation zufrieden und werden ihre Landsleute dazu ermutigen, am Programm teilzunehmen und in ihr Land zurückzukehren. Wir haben gesehen, wie schwierig das Leben in Nigeria ist und wie sehr die Menschen in diesem Land um das tägliche Überleben kämpfen müssen. Ein Teil-

nehmer hat dies mit folgenden Worten ausgedrückt: „If you do not struggle, you do not eat“. Wir durften aber auch feststellen, dass es für die Menschen in Nigeria zahlreiche Möglichkeiten gibt, ihre Situation zu verbessern. Alles was sie dazu brauchen, ist ein wenig Geld und einen starken Willen.

4. Länderprogramme und Rückkehrgeschichte

Übersicht zum Rückkehrhilfeprogramm Tunesien

Jérôme Crausaz, Sektion Maghreb und westliches Afrika BFM

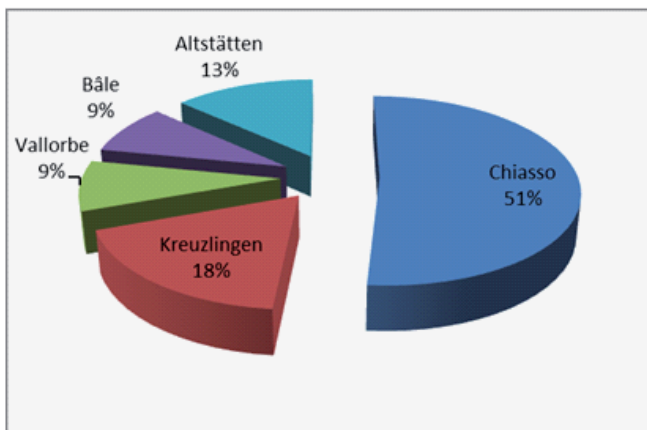
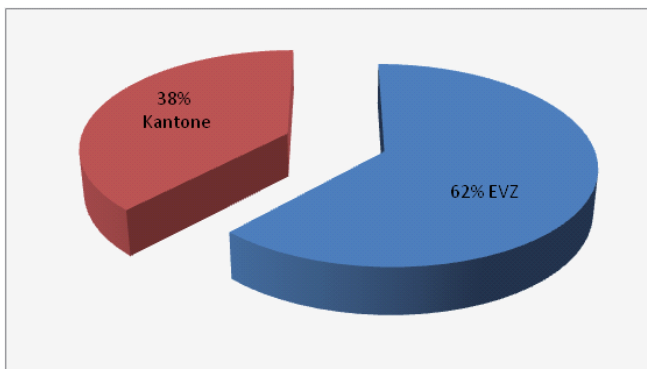
Seit dem 15. Juli 2012 können tunesische Staatsangehörige, die in der Schweiz ein Asylgesuch gestellt haben, an einem speziellen Rückkehrhilfeprogramm teilnehmen. Vier Monate nach der Lancierung des Programms ist es Zeit, eine erste Bilanz zu ziehen.

Der innovative Charakter dieses Rückkehrhilfeprogramms ist unbestritten. Es steht den Dublin-Fällen und den Asylsuchenden offen, die in einem Empfangs- und Verfahrenszentrum untergebracht sind. Zusätzlich zu der Finanzhilfe (CHF 1000/CHF 500) und der Reintegrationshilfe (je nach Fall CHF 3000 oder CHF 4000) bietet das Programm die Möglichkeit, gemeinschaftliche Projekte zu realisieren. Damit können auch Familienmitglieder oder Bekannte in Tunesien von der Hilfe des Bundes profitieren, um ein berufliches Projekt umzusetzen. Die individuellen und gemeinschaftlichen Reintegrationsprojekte werden nach der Rückkehr ausgearbeitet und einem Ausschuss vor Ort zur Genehmigung unterbreitet. Alle Teilnehmer, die ein Berufsprojekt in Angriff nehmen möchten, sind zudem verpflichtet, an einer einwöchigen Schulung der Arbeitsagentur ANETI (Agence Nationale de l'Emploi et du Travail Indépendant) teilzunehmen.

Einige Zahlen (Stand: 9. November 2012)

Die Zahl der Ausreisen ist hoch (154) und übersteigt die Erwartungen. „No shows“ kommen selten vor (3), was sehr erfreulich ist. Ausschlüsse (7) aus dem Programm sind meistens die Folge von Fehlverhalten oder mangelnder Zusammenarbeit bei der Beschaffung von Reisedokumenten.

Die Teilnehmer weisen ein einheitliches Profil auf: Bei der allergrössten Mehrheit handelt es sich um junge unverheiratete Männer, die ihr erstinstanzlich hängiges Asylgesuch zurückziehen. Wie die folgenden Grafiken zeigen, erfolgen die Anmeldungen zum Programm grösstenteils in den Empfangs- und Verfahrenszentren, insbesondere in Chiasso:



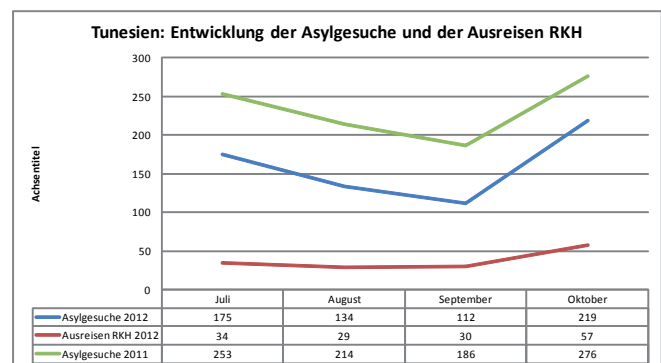
Stimmen aus Tunesien

Die meisten Rückkehrwilligen reisen nach Tunis (30 %), Sfax (28 %), Mahdia (7 %) und Kairouan (7 %). Bisher hat der Lenkungsausschuss in Tunesien 27 Projekte anerkannt, wovon 8 gemeinschaftliche und

19 individuelle Projekte sind. Die Projektbereiche sind so verschieden wie die Teilnehmer: Landwirtschaft, Fischfang, Lebensmittelgeschäft, Kiosk und Tabakladen, Unterhaltungsmusik, Früchte- und Gemüsetransport, Secondhand-Kleiderverkauf, Eröffnung eines Restaurants/Cafés, Bau eines Brunnens, audiovisuelle Produktionsgesellschaft, Eröffnung einer Spielhalle usw. Die Programmteilnehmer müssen einen individuellen Ausbildungskurs in den Regionalbüros der ANETI absolvieren, bevor sie ihr Reintegrationsprojekt starten (Stand 9. November 2012).

„Pull-Effekt“?

Weil das Rückkehrhilfeprogramm für Tunesien auf Dublin-Fälle und Asylsuchende in einem Empfangs- und Verfahrenszentrum ausgeweitet wurde, muss das mögliche Risiko eines „Pull-Effekts“ in Betracht gezogen werden. Deshalb beobachtet das BFM aufmerksam, wie sich die Asylgesuche tunesischer Staatsangehöriger und die freiwilligen Ausreisen im Rahmen des Programms entwickeln. Momentan ist es noch zu früh, um Schlussfolgerungen zu ziehen. Wie die unten stehende Grafik zeigt, nehmen nicht nur die Asylgesuche von tunesischen Staatsangehörigen seit Oktober zu, sondern auch die Anzahl freiwilliger Ausreisen. Die Zunahme der Asylgesuche kann aber auch saisonal bedingt sein, weil tunesische Arbeiter, die im Landwirtschaftssektor in anderen europäischen Ländern keine Arbeit mehr finden, vermehrt in die Schweiz einreisen. In diesem Zusammenhang ist im Oktober 2011 ebenfalls ein starker Anstieg der Asylgesuche von tunesischen Staatsangehörigen zu beobachten.



Rückkehrgeschichte: Gambia, Banjul

Herr S. hatte sich im November 2011 entschieden, freiwillig nach Gambia zurückzukehren. Nach der Rückkehr hat er das IOM-Büro in Banjul kontaktiert, um ein Reintegrationsprojekt umzusetzen. Mit Hilfe der finanziellen Rückkehrhilfe des BFM hat Herr S. schliesslich in Banjul einen kleinen Lebensmittelladen eröffnet. Den gewährten Betrag hat er in die Miete eines Ladenlokals und den Kauf des Warengrundstocks investiert. Nebenbei arbeitet Herr S. ebenfalls in der Landwirtschaft, um seine grosse Familie unterstützen zu können.

Herr S. ist dankbar für die erhaltene Unterstützung vor Ort. Dennoch erwähnte er gegenüber dem IOM Mitarbeiter, dass er trotz seines Ladens noch finanzielle Probleme habe.



5. Varia

What's new

SIM-Flüge

Zur Buchung von SIM-Flügen hat IOM Bern zusammen mit swissREPAT ein neues Fact-Sheet zusammengestellt. Dieses wird Ende Jahr an alle Rückkehrberatungsstellen verschickt werden.

Buchtipps

Arme Roma, böse Zigeuner: Was an den Vorurteilen über die Zuwanderer stimmt

Warum kommen die Roma in Osteuropa aus ihrem Elend nicht heraus? Sind sie arm, weil sie diskriminiert werden, oder werden sie diskriminiert, weil sie arm sind? Sind sie arbeitsscheu, kriminell und womöglich dümmter als andere? So wird oft gefragt, wenn auch meistens hinter vorgehaltener Hand. Und die Antwort kennt man natürlich: »typisch Roma.« Der langjährige Balkan-Korrespondent Norbert Mappes-Niediek unternimmt einen Faktencheck und kommt zu überraschenden Befunden.

10vor10

Link auf einen Beitrag zum Tunesienprogramm in der Sendung 10vor10:

<http://www.videoportal.sf.tv/video?id=d50012ddf0df-4e55-8a08-4c8abc17ea24>

Veranstaltung

Anlässlich des Europäischen Tages gegen Menschenhandel veranstaltete IOM Bern und die Abteilung Menschliche Sicherheit (AMS) des EDA am 18. Oktober 2012, eine Konferenz mit der Leitfrage «Was tun wir in der Schweiz gegen Menschenhandel?». In die Organisation der Konferenz waren nebst der IOM und der AMS die Koordinationsstelle gegen Menschenhandel und Menschen schmuggel (KSMM) und das BFM sowie die beiden Nichtregierungsorganisationen Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration (FIZ) und Terre des Femmes (TdF) Schweiz involviert.

Rund 250 Teilnehmende fanden den Weg ins Stade de Suisse in Bern. Bundesrätin Simonetta Sommaruga, Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD), stellte den ersten „Nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels“ 2012 - 2014 vor. Botschafter William Lacy Swing, Generaldirektor der IOM unterstrich in seiner Rede die Wichtigkeit, mehr Möglichkeiten zur legalen Migration zu schaffen. Ausserdem müsse die

Nachfrage nach billigen Arbeitskräften und Dienstleistungen reduziert werden, da sie den Menschenhandel fördere. Botschafter Claude Wild, Chef der Abteilung Menschliche Sicherheit (AMS) des EDA, sprach zum aussenpolitischen Engagement der Schweiz in der Bekämpfung des Menschenhandels und lancierte die weltweite Informations- und Präventionskampagne „Blue Heart“ des United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC) in der Schweiz.



Zwangsprostitution im Zeitalter der Globalisierung- Szene Schweiz“ gezeigt.



Bundesrätin Sommaruga mit IOM Generaldirektor Swing im Gespräch

Im Anschluss folgte die erste Diskussionsrunde, welche die wichtige Rolle der Kantone zum Inhalt hatte. Daran teilgenommen haben Roger Schneeberger von der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD), Robert Steiner von der Kantonspolizei Wallis, Susanne Seytter von der FIZ sowie Boris Mesaric von der KSMM. Die zweite Diskussionsrunde widmete sich dem neuen Bundesgesetz über den ausserprozessualen Zeugenschutz, das am 1. Januar 2013 in Kraft treten wird. Andreas Leuzinger vom fedpol, Doro Winkler von FIZ, Wolfgang Job vom österreichischen Bundeskriminalamt sowie Silvia Steiner von der Staatsanwaltschaft II des Kantons Zürich erörterten die Auswirkungen des neuen Zeugenschutzgesetzes. Eduard Gnesa, Sonderbotschafter für internationale Migrationszusammenarbeit im EDA, wies in seinem Schlusswort unter anderem auf den wichtigen Zusammenhang zwischen Menschenhandel und Migrationsausserpolitik hin.

Im Rahmen der Konferenz wurde die Ausstellung „Ohne Glanz und Glamour. Frauenhandel und

Impressum

Herausgeber: BFM und IOM, Rückkehrhilfe Kommunikation (RüKo)

Redaktion: Sonja Kyburz, IOM
Annika Lenz, IOM
Thomas Lory, BFM

Mitarbeit: Katharina Schnöring, IOM

Fotos: © IOM

Layout: BFM

Kontakt: BFM: 031 325 11 11
IOM: 031 350 82 11

E-Mail: info@bfm.admin.ch
bern@iom.int

Internet: www.ch.iom.int
www.bfm.admin.ch